

# „Parallelgesellschaften wollen wir hier verhindern“

Der CSU-Landtagsabgeordnete Josef Zellmeier setzt den Rahmen für ein neues Integrationsgesetz

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag will sich aktiv in die Vorbereitung eines bayerischen Integrationsgesetzes einbringen. Darin soll festgelegt werden, unter welchen Bedingungen Flüchtlinge hier bleiben können, was von ihnen zu erwarten ist, aber auch, was der Staat zu leisten hat. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Josef Zellmeier, leitet eine Projektgruppe, um das Integrationsgesetz auszuarbeiten. Unserer Zeitung erklärte der Straubinger Abgeordnete, wie er sich die Eckpunkte eines solchen Gesetzes vorstellt.

*Herr Zellmeier, Sie sollen für Ihre Fraktion den Rahmen für ein Integrationsgesetz abstecken. Was verstehen Sie unter Integration?*

Zellmeier: Es ist ganz klar, dass ein Teil der Menschen, die derzeit zu uns kommt, auf Dauer in unserem Land bleiben werden. Was wir auf jeden Fall verhindern wollen, sind Parallelgesellschaften. Es geht darum, dass diese Menschen ein Teil unserer Gesellschaft werden und sich womöglich auch einmal als Deutsche fühlen. Dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache unerlässlich. Sie sollen aber auch in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und nicht auf Dauer Leistungsempfänger bleiben. Wer nur vorübergehend hier bleiben kann, muss ebenfalls eine Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Dennoch muss hier ganz klar sein, dass diese Gruppe das Land auch wieder verlassen muss. Bei jenen ohne jede Bleibeperspektive kann es nicht um Integration gehen, sondern um eine konsequente Ausweisung.

*Nach wie vor kommen täglich Tausende Flüchtlinge nach Deutschland. Für dieses Jahr wird mit über einer Million gerechnet. Kann Integration bei dieser großen Zahl gelingen?*

Zellmeier: Das ist unsere große Sorge, denn je mehr Menschen kommen, umso schwieriger wird Integration. Parallelgesellschaften, wie wir sie in Frankreich, Belgien oder Schweden beobachten können, wol-



Josef Zellmeier setzt bei der Integration auf Fördern und Fordern. (Archiv)

len wir hier verhindern. Deshalb dürfen wir nicht den gleichen Fehler machen und in kurzer Zeit zu viele Migranten aufnehmen. Die landen sonst überwiegend in ghettoartigen Siedlungen mit hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen. Das kann nicht unser Ziel sein. Daher brauchen wir auch eine klare Obergrenze für Zuwanderung.

*Wie hoch ist diese Obergrenze?*

Zellmeier: Das orientiert sich in erster Linie an der Leistungsfähigkeit unseres Landes. Eine konkrete Zahl müsste unter den Koalitionspartnern in Berlin ausgehandelt werden. Für die CSU ist aber völlig klar, dass eine Million oder auch nur eine halbe Million an Asylbewerbern pro Jahr sicher viel zu viel ist. Schließlich kommen sie aus völlig fremden Kulturkreisen und sind deshalb nicht so leicht zu integrieren. Dazu muss man wissen, dass Deutschland sowieso eine reguläre jährliche Zuwanderung von rund einer Million zu verkraften

hat, die überwiegend aus der EU und aus Fachkräfte- sowie Studienprogrammen kommt. Obwohl sie uns kulturell näher stehen, besteht auch hier Integrationsbedarf.

*Wie wollen Sie die Zahlen der Flüchtlinge konkret senken?*

Zellmeier: Wir müssen bereits geltendes Recht endlich wieder umsetzen und auch die in Berlin vereinbarten neuen Regeln ohne Einschränkung anwenden. Dazu gehört in erster Linie, die EU-Außengrenze wieder zu sichern und den Familiennachzug auszusetzen. Zudem müssen wir Menschen ohne Bleiberecht konsequent zurückführen. Aber auch die Verfahren in Deutschland gilt es erheblich zu beschleunigen.

*Die meisten Menschen kommen als Bürgerkriegsflüchtlinge zu uns. Unter welchen Bedingungen sollen diese wieder in ihre Heimat zurückkehren?*

Zellmeier: Nun, wir hatten eine

ähnliche Situation nach dem Jugoslawien-Krieg. Damals kam etwa eine halbe Million Flüchtlinge zu uns. Zwei Drittel von ihnen sind nach Ende der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Klar ist doch, die Länder brauchen diese Menschen auch zum Wiederaufbau.

*Was sollen Menschen leisten, die zu uns kommen?*

Zellmeier: Das schnelle Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu allem. Zudem müssen sie die Werte unserer Gesellschaft anerkennen. Dazu gehören unsere Verfassung und die Gesetze. Aber auch die Akzeptanz der christlich-jüdisch-abendländischen Tradition. Wer nicht bereit ist, das anzuerkennen, wird nicht dauerhaft bei uns bleiben können. Und natürlich muss im Vordergrund stehen, dass die Menschen möglichst bald ihren eigenen Lebensunterhalt sichern.

*Was muss umgekehrt der Staat leisten?*

Zellmeier: Der Staat muss, da wo er kann, den Menschen unterstützend zur Seite stehen. Etwa beim Spracherwerb oder der beruflichen Integration. Es geht auch darum, gerade Angebote für Erwachsene zu vergrößern. Zudem wollen wir Übergangsklassen ausbauen und Vorschulkinder schon früh an die Sprache heranzuführen. Aber der Staat muss auch fordern. Migranten müssen also diese Angebote auch annehmen und sich selbst bemühen.

*Um die zu uns kommenden Menschen auch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sind schätzungsweise 700.000 neue Jobs notwendig. Wo sollen die herkommen?*

Zellmeier: Integration durch Ausbildung und Arbeit ist sicher ein Schwerpunkt. Hierzu hat die Staatsregierung mit der bayerischen Wirtschaft bereits einen Pakt geschlossen, um 60.000 Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Migranten zur Verfügung zu stellen. Wesentlich wird die duale Berufsausbildung sein. Aber leicht wird die Integration in den

Arbeitsmarkt nicht. Denn das Ausbildungsniveau in vielen Herkunftsländern entspricht von den Anforderungen her oft nicht dem, was hierzulande Standard ist. Zudem haben wir es auch mit etwa 20 Prozent Analphabeten zu tun. Genau in dieser Integration sind die Arbeitgeber als Partner so wichtig.

*Wie lässt sich das alles nun in einem Gesetz regeln?*

Zellmeier: Das ist sicher nicht einfach. Aber wir wollen zum Beispiel Islamunterricht in deutscher Sprache und keine Unterweisung durch Imame in irgendwelchen Hinterhofmoscheen. Es geht um die Vermittlung eines aufgeklärten Islams und um die Verhinderung von Radikalisierung. Zudem wollen wir auf Eltern, insbesondere Mütter zugehen. Sie sind ein Schlüssel, um die Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Hinzu kommt eine Medienschulung. Migranten sollen auch unsere Medien nutzen. Es kann nicht sein, dass Migranten nur auf Medien aus ihrer Heimat zurückgreifen.

*Ist an Sanktionen gedacht?*

Zellmeier: Das ist ein wichtiger Punkt. Wer nicht mitmacht, muss Sanktionen spüren. Das Problem hierbei ist, dass die meisten Leistungen Bundesleistungen sind. Hier wollen wir verstärkt auch auf den Bund zugehen, um ein Sanktionssystem aufzubauen. Aber bei Leistungen des Freistaats, wie dem Landeserziehungsgeld oder dem Betreuungsgeld, sind gegebenenfalls sicher Kürzungen denkbar.

*Bis wann soll das neue Integrationsgesetz fertig sein?*

Zellmeier: Das bayerische Kabinett wird vermutlich in der kommenden Woche Eckpunkte verabschieden. Diese werden in unserer Projektgruppe diskutiert und ein Gesetzentwurf erarbeitet. Es wird auch Gespräche mit den anderen Fraktionen geben. Aber ein weichgespültes Integrationsgesetz wollen wir nicht. Stehen soll das Gesetz im Frühjahr des kommenden Jahres.

Interview: Dr. Gerald Schneider

## „Man darf niemanden zwingen“

Theologen von Christentum, Islam und Judentum bekräftigen bei Biser-Stiftung Religionsfreiheit

Von Ralf Müller

Hunderttausende von Flüchtlingen mit islamischem Glauben strömen derzeit nach Deutschland. Sie sollen und müssen so weit wie möglich integriert werden, fordert die Politik. Aber kann das abgesehen von der Integrations-„Hardware“ wie Wohnen und Arbeiten auch im spirituellen Bereich gelingen? Die Eugen-Biser-Stiftung ging in München der Frage nach, ob die drei Weltreligionen hinreichend Toleranz und Freiheit nicht nur für ein einigermaßen friedliches Nebeneinander, sondern auch für einen Dialog aufbringen.

Die Theologen hatten jedenfalls kein Problem damit. „Man darf niemanden zwingen“ sei die „eindeutige Aussage“ des Koran, sagte der Professor für Koranexegese am Frankfurter Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam, Ömer Özsoy. Man könne den Koran allerdings nur verstehen, wenn man den historischen Kontext kenne, der eine Reihe kriegerischer Aussagen in den Koran hineingebracht habe. Diese dürften den Blick auf „das Eigentliche“ nicht verstellen. Die Grundbotschaft des Islam habe mit Gewalt nichts zu tun, bewirke aber, dass von den Gläubigen ständig Entschuldigungen verlangt würden, erklärte der Islam-Wissenschaftler.

Schon aus seiner Geschichte heraus sei das Judentum nie eine Religion gewesen, die Wahrheiten mit Feuer und Schwert habe durchsetzen wollen, stellte der aus Landau an der Isar stammende Walter Homolka, Rabbiner und Professor für Jüdische Religionsphilosophie, heraus. Jahrtausende hätten die Juden nach Verlust der Eigenstaatlichkeit als Fremde unter anderen Völkern gelebt: „Deshalb haben die Werte von Religionsfreiheit und Schutz Fremder unter uns einen hohen Stellenwert.“

Das Christentum hingegen hat nach Ansicht von Richard Heinzmann, emeritierter Professor für Christliche Philosophie und Ehrenpräsident der Eugen-Biser-Stiftung, eine gut 1500 Jahre währende Phase der Intoleranz hinter sich. Obwohl das Christentum als „Religion der Freiheit“ angelegt sei, seien die Christen Ende des vierten Jahrhunderts mit der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion unter Kaiser Theodosius „von Verfolgten zu Verfolgern“ geworden, erläuterte Heinzmann.

Kirchenvater Augustinus habe in dieser Zeit die „Verwerfung der Religionsfreiheit“ theoretisch begründet. „Für Jahrhunderte“, sagte Heinzmann, „wurde die christliche Botschaft durch eine antichristliche Theorie und Praxis geprägt.“ Noch

im 19. Jahrhundert habe das katholische Lehramt die Religionsfreiheit „mit größter Entschiedenheit“ verworfen. Die Wende sei erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil gekommen. Inzwischen habe sich die Grundeinsicht durchgesetzt, dass Religionsfreiheit zu den unverzichtbaren und universalen Menschenrechten zähle.

In der Rechtsordnung der Bundesrepublik ist die Religionsfreiheit

nach den Worten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof fest verankert. Die Verfassung biete Eltern und Kindern in religiösen Fragen allerdings „nicht Freiheit, sondern ein Freiheitsrecht“. „Das Schwert, mit dem das Recht durch Einsatz körperlicher Gewalt durchgesetzt wird, trägt grundsätzlich nur die Justitia.“

Zudem forderte Kirchhof die flächendeckende Einführung von isla-

mischem Religionsunterricht in Deutschland. „Wir erleben gerade, dass eine Religionskultur in unsere Schulen hineinwächst, auf die der Staat reagieren muss“, sagte er. Dafür seien aber auch die Muslime in der Bundesrepublik gefordert, die noch nicht so organisiert seien, „dass wir immer einen stetigen Ansprechpartner haben“.

Viel Toleranz und Freiheit also zwischen den Religionswissenschaftlern, die sich jedoch keiner Illusion darüber hingaben, dass die Wirklichkeit oft ganz anders aussieht. Wie zur Bestätigung verkündete ein rechtsextremes Münchner Lokalpolitiker am Freitag: „Jedem, der keine Leseschwäche hat, springen bei der Lektüre des Korans die massenhaften Tötungsbefehle geradezu ins Auge. Köpfen, Kreuzigen, Morden, alles ist in der Betriebsanleitung des Islams enthalten.“

Islamwissenschaftler Özsoy beobachtet eine regelrechte „Allianz“ zwischen islamistischen Terroristen und rechtsextremen „Hasspredigern“. Beiden sei daran gelegen, den Islam zu einer Gewalt- und Kriegsreligion zu machen.

Die vom Bayerischen Rundfunk (BR) aufgezeichnete Veranstaltung wird am Samstag, 13. Februar 2016, um 22.30 Uhr auf ARD-alpha in der Reihe „Denkzeit“ ausgestrahlt.



Richard Heinzmann (v.l.), Ömer Özsoy, Martin Thurner (Moderator, Professor für Christliche Philosophie an der LMU München und Stiftungsvorsitzender der Eugen-Biser-Stiftung), Walter Homolka und Paul Kirchhof diskutieren über Religionsfreiheit. (Foto: Eugen-Biser-Stiftung)